

Der Kampf der Kommunisten gegen Remilitarisierung und NATO



Studienmaterial für das 5. Thema
im Bildungsjahr der DKP 1981/82

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

Der Kampf der Kommunisten gegen Remilitarisierung und NATO

Auch in diesem Bildungsheft geht es um eine inhaltsreiche Zeit. Sie reicht vom Jahre 1949 – als die Bundesrepublik gegründet wurde – bis zum Bankrott der Politik des „Zurückrollens des Sozialismus“, d. h. bis zum 13. August 1961, als dem Imperialismus mit dem Bau der „Mauer“ deutlich die Grenzen seiner Macht gezeigt wurden. Selbstverständlich können wir aus dieser dramatischen Zeit nur einige wenige, aber besonders wichtige Ereignisse und Fragen behandeln.

1. Worauf spitzten sich nach der Bildung der Bundesrepublik die Auseinandersetzungen zu?

Die Bildung der Bundesrepublik Deutschland bedeutete, daß das deutsche Großkapital seine **politische** Macht wieder errichtet hatte. Diese wollte es zur „Zurückgewinnung“ der DDR und der Gebiete östlich der Oder und Neiße einsetzen. Das wiederum löste den Drang nach Wiederaufrüstung aus. Diese Politik entsprach sowohl den Interessen des amerikanischen als auch jenen des deutschen Imperialismus. Bereits am 15. April 1945 fand im amerikanischen Außenministerium eine Besprechung statt, an der auch der spätere Außenminister Dulles teilnahm. „Die Gruppe“ (der Besprechungsteilnehmer) „beschloß ... Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem ‚Bollwerk‘ gegen Rußland gemacht werden ...“ („Neuer Vorwärts“, 3. 12. 1954). Truman, der amerikanische Präsident, schrieb später in seinen Memoiren, man müsse die Bundesrepublik als Speerspitze in die antisozialistische Front einfügen, und zwar „aufgrund ihrer strategisch wichtigen Lage und ihres großen militärischen Reservoirs“ (Harry S. Truman, Memoiren, Band 2, Stuttgart 1955, S. 284). Der USA-Imperialismus also brauchte das Land als Aufmarschraum. Hier wohnten über 55 Millionen Menschen. Viele von ihnen waren von antikommunistischem Haß besessen. Nicht wenige waren ausgebildete Soldaten. Hier gab es eine große Wirtschaftskraft. Alles das war im Kampf gegen den Sozialismus gut zu benutzen. Wenn der amerikanische Imperialismus den Sozialismus aus Osteuropa „zurückrollen“ (roll back) wollte, so war es „logisch“, daß er auf die Teilung Deutschlands, auf die Wiederherstellung der Macht des Imperialismus im westlichen Teil Deutschlands und auf dessen Wiederaufrüstung setzte und sich auf diesen kapitalistisch gebliebenen Teil Deutschlands stützte. Aber auch nach dem Westen und Süden Europas war dies wichtig. Dort gab es starke kommunistische Parteien, starke andere antifaschistische Kräfte. Das zwischen den sozialistischen Ländern und Frankreich sowie Italien gelegene kapitalistische, anti-kommunistische (West-)Deutschland war auch eine für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus dort wichtige Barriere.

**Bedeutung der
Gründung der
Bundesrepublik**

Was die Interessen des deutschen Imperialismus angeht, so hat Adenauer sie mit hinlänglicher Klarheit so formuliert: „Ich war der Auffassung, der Gegensatz zwischen Rußland und den freien Völkern werde ständig wachsen. Es war auch für Amerika lebensnotwendig, daß ein

**Strategie des
deutschen
Imperialismus**

starkes Westeuropa entstand. Hierzu war Deutschland unentbehrlich ... Es lag im Interesse der Vereinigten Staaten, daß Deutschland stark würde ... Das waren die Leitgedanken meiner Politik gegenüber den Westmächten ...“ (Konrad Adenauer, Erinnerungen 1949–1953, Stuttgart 1965, S. 235 f.).

Bei dieser Sachlage orientierten die deutsche Großbourgeoisie und ihre Adenauer-Regierung auf folgende Schwerpunkte der Politik:

1. Unbedingte Eingliederung in die amerikanische Strategie.
2. Aufbau einer Armee der Bundesrepublik im Rahmen eines internationalen kapitalistischen Militärpakts.
3. Rückgängigmachung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, die „Sowjetzone und die Gebiete jenseits der Oder und der Neiße für die Freiheit zurückzugewinnen“ (Konrad Adenauer, ebenda, S. 382).

**Antikommunistische
Tarnung**

Dreh- und Angelpunkt der bundesdeutschen Politik wurde also die Eingliederung in ein unter US-Oberhoheit stehendes, antisowjetisch ausgerichtetes westeuropäisches Staatenbündnis mit der wiederaufgerüsteten Bundesrepublik als Kernstück. Ideologisch forderte dies geradezu zu einer „demokratischen“ Wiedererweckung des Antikommunismus: Die eigenen aggressiven und militaristischen Pläne mußten als Schutzmaßnahmen gegen eine äußerst gefährliche sowjetische Bedrohung hingestellt werden.

Hierzu diente vor allem der Koreakrieg. Nach dem zweiten Weltkrieg war Korea in zwei Teile gespalten, wobei der nördliche Teil einen sozialistischen, der südliche einen kapitalistischen Entwicklungsweg einschlug. 1950 fielen die Truppen Südkoreas und der USA in die Volksdemokratische Republik Korea ein. Die imperialistische Propaganda stellte dies jedoch als Abwehr einer „sowjetischen Aggression“ hin. In Bonn wurde, unter Hinweis auf diese „Aggression“, die „sowjetische Gefahr“ beschworen und die Notwendigkeit einer eigenen Armee propagiert.

**Warum gibt es keine
sowjetische Gefahr?**

Es gehört nicht viel dazu, um die „Bedrohungslüge“ schon in ihrer damaligen Gestalt zu widerlegen. Erstens hatte die Sowjetunion riesige Menschenverluste durch den zweiten Weltkrieg erlitten (20 Millionen Tote), das Land war in einer unvorstellbaren Weise zerstört. Die Sowjetunion brauchte Ruhe und Frieden. Den Export der Revolution haben die Marxisten immer abgelehnt. Es gab auch keine Rüstungsgewinnler in der Sowjetunion. Kurzum: Die Sowjetunion hatte keinerlei Kriegsgrund.

Dies ist die eine Seite der Medaille. Selbst mit dem Westen sympathisierende Autoren wie Fritz Vilmar und Walter Möller kamen in der Widerlegung der „Bedrohungslüge“ zu folgenden Einschätzungen:

„Erstens: Die Sowjetunion hätte 1945 im Endkampf gegen Deutschland ... die Macht gehabt, Deutschland bis zum Rhein zu überrennen, da die westlichen Alliierten noch nicht weiter vorgestoßen waren. Sie beschränkte sich aber auf den in Jalta vereinbarten Einflußbereich ...

Zweitens: ... Der Besitz weniger Atombomben“ (der USA) „... hätte die Sowjetunion niemals von einer ‚Eroberung Europas‘ abhalten können, wenn sie je eine militärisch-‚weltrevolutionäre‘ Konzeption gehabt hätte ...

Drittens: ... (Die Amerikaner) reduzierten ihre nach der Koreakrise in Europa aufgeblähte Militärmacht von 1953 bis 1956 um 800 000 Mann. Offenbar gab es keine akute Bedrohung in Europa, offenbar gab es auch keinerlei außenpolitischen Zwang zu einer riesenhaften westdeutschen Militarisierung.

Viertens: Noch bis 1958 hätte eine angriffslüsterne Sowjetunion ... mit ihrer inzwischen entwickelten Atomstreitmacht einen ungeheuer verlustreichen Schlag gegen die industriellen und militärischen Zentren Westeuropas und der USA ... führen können, ohne, bei rechtzeitiger Evakuierung eines Teils der russischen Stadtbewohnerschaften, vergleichbare Verluste hinnehmen zu müssen“ (Walter Möller und Fritz Vilmar, Sozialistische Friedenspolitik für Europa, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 16).

Vor allem aber gibt es ja auch genug Zeugnisse dafür, daß die Adenauer-Kräfte schon lange vor dem Koreakrieg, vor der angeblichen sowjetischen Gefahr, ihren Aufrüstungsplan fertig hatten. Wir zitierten bereits den Bericht über die amerikanische Kommission von 1945. Wir zitierten aus Adenauers Memoiren. Aber es ist längst bekannt, daß Adenauer bereits im Dezember 1948 den ehemaligen Hitler-General Speidel beauftragte, „eine Aufstellung über die augenblickliche Unvermeidbarkeit einer deutschen Wiederaufrüstung und ihren ungefähren Umfang und Charakter zu verfassen“ (Dokumentation der Zeit, Berlin/DDR 1952, Spalte 1/1950; ähnlich „Bonner Generalanzeiger“, 26. 2. 1952). Diesem Gutachten Speidels von 1948 ließ Adenauer im November 1949 ein weiteres Gutachten durch den ehemaligen Hitler-General von Manteuffel folgen. Dies wurde in einer Erklärung der Bundesregierung zugegeben, in der festgestellt wurde, „daß im Zuge von Pressebesprechungen über Aufstellung von mit leichten Waffen ausgerüsteten militärischen Formationen im November 1949 General Kurt Hasso von Manteuffel an Dr. Adenauer eine Expertise über diese Frage übersandt hätte, die die technischen Seiten dieser Frage beleuchtete. Bundeskanzler Dr. Adenauer habe General Manteuffel den Erhalt dieser Expertise bestätigt“ (Archiv der Gegenwart, Jahrgang 1950, S. 2275).

Die Pläne zur Remilitarisierung und ihre Ziele waren also offenkundig. Wie aber sollte, im Zusammenhang mit einer **solchen** Politik, die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands möglich sein? **Die Politik der Westmächte und der Adenauer-Regierung lief darauf hinaus, den Kommunisten in der Sowjetunion und in Deutschland die Selbstaufgabe als Voraussetzung der deutschen Wiedervereinigung („in den Grenzen von 1937“!) zuzumuten. Das war eine einzige Provokation, zu der die Kommunisten selbstverständlich nicht ja sagen konnten. So schloß die „westliche“ Politik schon von ihrer Anlage her die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands aus.**

Und wie sollte, im Zusammenhang mit einer **solchen** Politik, verhindert werden, daß sich Mitteleuropa zu einem gefährlichen Krisenherd erster Ordnung entwickelte?

Alles das nahm die deutsche Bourgeoisie freiwillig in Kauf. Damit verriet sie aber das Interesse unseres Volkes, in einem friedlich geeinten Deutschland und in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben. Das bedeutete, daß sich nun der Kampf um die nationale Einigung ganz konkret zu einem Kampf gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik, für

**Rüstungspolitik
spaltete Deutschland
und gefährdete den
Frieden**

die Verteidigung des Friedens zuspitzte. Das war von nun an der konkrete Inhalt wirklicher nationaler Politik in Deutschland.

2. Wie entwickelte sich die Auseinandersetzung um die Remilitarisierung der Bundesrepublik?

Sofort nach Bekanntwerden der Remilitarisierungspläne begann der Widerstand gegen sie. Es war dies ein Widerstand, der sich innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik entwickelte. Die Pläne zur Remilitarisierung, der innere und internationale Widerstand dagegen waren selbstverständlich eng miteinander verflochten. Nur aus Gründen der Übersichtlichkeit geschieht es, wenn wir hier einzelne Entwicklungslinien getrennt darstellen. Dabei gehen wir nicht weiter auf die Winkelzüge ein, mit denen durch die deutschen und ausländischen Imperialisten diese Remilitarisierung schließlich bewerkstelligt wurde. Uns interessiert hier vor allem der Widerstand, und da wiederum der Widerstand des deutschen Volkes, weil wir daraus die meisten Lehren für unsere eigene politische Entwicklung ableiten können.

Bereits am 3. Dezember 1949, buchstäblich einige Wochen nach der Bildung der Bundesregierung, schlug Adenauer in einem Interview mit einer amerikanischen Zeitung die Bildung einer „autorisierten deutschen Streitmacht“ vor (USA-Zeitung „The Cleveland Plain Dealer“). Daraufhin beantragte die Bundestagsfraktion der KPD: „Der Bundestag beschließt, dem Bundeskanzler zu untersagen, die Remilitarisierung in jeder Form, auch wenn die Westmächte dies fordern, zu betreiben“ (Dokumente der KPD 1945–1956, S. 211). Die KPD erklärte, die Remilitarisierung mache die Bundesrepublik zum Hauptaufmarschgebiet eines neuen Krieges und werde die Wiedervereinigung verhindern.

Im Volke verbreitete sich rasch eine „Ohne-mich“-Stimmung. Rückblickend schrieb selbst das reaktionäre Blatt „Die Welt“ im Oktober 1963, daß „die Nation von einem neuen Wehrdienst nichts wissen wollte“. Unter diesen Bedingungen wandte Adenauer verschiedene Methoden der Durchsetzung seiner Ziele an. Zuerst bestritt er jede Absicht der Remilitarisierung: „In der Öffentlichkeit muß ein für allemal klar gestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch gegen die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht bin“ („Hildesheimer Zeitung“, 5. Dezember 1949). Daraufhin fragte die KPD-Fraktion im Bundestag:

1. „Ist es richtig, daß der Bundeskanzler der Zeitung ‚The Cleveland Plain Dealer‘ gegenüber geäußert hat, eine nach seinem Vorschlag aufzustellende ‚autorisierte deutsche Streitmacht‘ solle ‚eine Abteilung unter einem europäischen Oberkommando‘ bilden?“
2. Hat der Bundeskanzler Vorschläge in gleichem oder ähnlichem Sinne der Hohen Kommission oder einem der Hohen Kommissare zugehen lassen?
3. Hat der Bundeskanzler im Sinne seines Interviews mit der genannten amerikanischen Zeitung Besprechungen mit einer anderen alliierten Stelle geführt?

Der Widerstand entwickelt sich

Volksstimmung: „Ohne uns!“

KPD im Bundestag

4. Ist der Bundeskanzler anlässlich seiner mit der Alliierten Hohen Kommission geführten Besprechungen irgendwelche Verpflichtungen eingegangen, die im Sinne eines der amerikanischen Zeitung gegebenen Interviews liegen?
5. Beabsichtigt der Bundeskanzler, den westlichen Alliierten die Bereitschaft der Bundesregierung zur Aufstellung einer westdeutschen Streitmacht in irgendeiner Form zum Ausdruck zu bringen?“ (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I/1949. Stenografische Berichte, Band I, Bonn 1950, S. 651.)

Adenauer hat jede dieser fünf Fragen mit Nein beantwortet. Fünfmal hat er damit die Öffentlichkeit belogen. Denn bei einem Empfang für die Auslandspresse gab Adenauer am 24. Januar 1952 selbst zu, daß er bereits im Dezember 1948 „General Speidel um Rat für die Aufstellung einer neuen deutschen Armee gebeten“ habe („Bonner Generalanzeiger“, 26. Februar 1952).

Außer der direkten Lüge wandte die Adenauer-Regierung auch die Methode der „europäischen“ Tarnung der Remilitarisierung an. Bundesdeutsche Streitkräfte sollten auf dem Wege über eine „Europa-Armee“ (Europäische Verteidigungsgemeinschaft, kurz EVG genannt) aufgebaut werden.

Doch trotz dieser „europäischen“, mit der Behauptung einer sowjetischen Gefahr bemäntelten Remilitarisierungspropaganda schwoll die Empörung im Volke an. Die Adenauer-Regierung antwortete mit verstärkter Unterdrückung. Natürlich waren vor allem die Kommunisten, als entschiedene Gegner der Remilitarisierung, davon betroffen. Damit sollten die antimilitaristischen Kräfte eingeschüchert und der Antimilitarismus mit dem Kommunismus gleichgesetzt werden. Bonn rechnete damit, den Antikommunismus als Mittel zur Abschreckung antimilitaristischer Kräfte etwa in der SPD oder in bürgerlichen Kreisen ausnutzen zu können. Wie man sieht, sind die Schmidt, Apel, Glotz und Niggemeier gelehrige Schüler Adenauers, wenn sie die Gegner des Brüsseler NATO-Beschlusses als Kommunisten oder kommunistisch gelenkt hinstellen.

Im August 1950 wurden mit einem Schlag fast alle kommunistischen Tageszeitungen für drei Monate verboten. Gleichzeitig wurden die meisten Druckereien geschlossen. Durch Ausschaltung der kommunistischen Presse für ein Vierteljahr sollte der Kampagne gegen die Remilitarisierung ein schwerer Schlag versetzt werden.

Trotzdem wuchs die „Ohne-mich“-Bewegung weiter an. Im Oktober 1950 war ein Treffen von 100 000 Jugendlichen in Dortmund geplant. Dort sollte gegen die Remilitarisierung protestiert werden. Bonn verbot das Treffen. Dennoch fanden in der ganzen Bundesrepublik Kundgebungen und Demonstrationen statt. In diesen Kundgebungen riefen Jugendliche, den Bonner Mißbrauch des Wortes Freiheit anprangernd: Freiheit, das kann jeder sagen! Freiheit heißt das Volk befragen!

Unter dem Motto: „Rettet den Frieden!“ fand am 28. Januar 1951 in Essen eine Tagung gegen die Wiederaufrüstung statt. 1700 Vertreter aller Volksschichten – Sozialdemokraten, Kommunisten, bürgerliche und kirchliche Kreise – beschlossen, eine Volksbefragung gegen die

Wie Adenauer log

**„Europäische“
Tarnung**

Verbote, Terror

**Die Gegner
deutscher Politik
am Pranger**

Volksbefragung

Remilitarisierung durchzuführen. Hierfür wurde ein Hauptausschuß gebildet, dem die Münchner sozialdemokratische Stadträtin Edith Hoereth-Menge, der sozialdemokratische Bürgermeister Walter Stau-bitz, der Mitbegründer der CDU und Oberbürgermeister von Mönchengladbach, Wilhelm Elfes, der ehemalige Erste Offizier des Kreuzers „Emden“ aus dem ersten Weltkrieg, Helmut von Mücke, der ehemalige Luftwaffengeneral Hentschel und die KPD-Bundestagsabgeordnete Grete Thiele angehörten.

Die KPD unterstützte die Volksbefragung mit ganzer Kraft. Bonn jedoch ließ sie am 28. April 1951 verbieten. Es bedurfte darum sorgfältiger und oft sogar recht ausgedehnter Vorbereitungen, damit eine Befragung schlagartig durchgeführt und vor dem Eintreffen der Polizei beendet werden konnte. Als z. B. die hessische Stadt Hanau durch mehrere hundert Volksbefragungshelfer – zumeist waren es Frauen – befragt werden sollte, wurden die Polizeibehörden durch fingierte Anrufe aufgeschreckt. Die Polizei sollte den Eindruck gewinnen, ganz Darmstadt werde von Volksbefragungshelfern überschwemmt. Die südhessische Bereitschaftspolizei, die Polizeireserven wurden nach Darmstadt in Marsch gesetzt, wo sie ins Leere stießen. Unterdessen wurde Hanau befragt. Als die Polizei endlich dort eintraf, war die Aktion abgeschlossen. In anderen Fällen waren es vor dem Fabrikator dichte Arbeiterketten, die der Polizei das Vordringen zu den Befragungshelfern unmöglich machten. Oft entbrannte auch der Kampf um die Wahlurnen. In manchen Fällen wurden Reserveurnen mitgenommen, um sie der Polizei zur Täuschung in die Hände zu spielen. Es gab Fälle, in denen der Polizei die Beschlagnahme echter Wahlurnen gelang. Kluge Helfer veranlaßten dann die Häscher, deren Inhalt zu zählen und zu quittieren. So kam es zu polizeilich bestätigten Abstimmungsergebnissen.

Mehr als neun Millionen Menschen wurden trotz Verbots, trotz Polizei- und Justizeinsätzen befragt, und mehr als neunzig Prozent von ihnen sprachen sich gegen die Wiederaufrüstung aus. Ganze Städte und Stadtteile, ganze Betriebsbelegschaften, z. B. die 30 000köpfige Belegschaft der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik (BASF) in Ludwigshafen, gaben ihre Stimmen ab.

Die Volksbefragung war ein großer Erfolg. Der Kampf des Volkes verzögerte die Remilitarisierung um einige Jahre.

Die Bonner Regierung griff, um ihre Ziele durchsetzen zu können, zu politischen Sonderstrafgesetzen. So wurde am 11. Juni 1951 das „Blitzgesetz“ geschaffen, das seinen Namen von der blitzartigen Beschlußfassung darüber im Bundestag erhielt. Es bot die Grundlage für die Verfolgung, Verhaftung vieler Tausender Kommunisten. In dieses Gesetz aufgenommen wurden Bestimmungen aus Nazigesetzen. Es wurde eine politische Gesinnungsjustiz geschaffen. Auf der Grundlage des „Blitzgesetzes“ wurden von 1951 bis 1961 etwa 200 000 politische Ermittlungsverfahren eingeleitet, die rund 500 000 Bundesbürger betrafen. Viele Kommunisten und auch andere Demokraten wurden für Jahre in Gefängnisse und Zuchthäuser eingesperrt.

Verbote und Gefängnisstrafen waren nicht die einzigen Unterdrückungsmittel der Bonner Regierung. Als am 11. Mai 1952 mehr als 30 000 westdeutsche Jugendliche in einer großen „Jugendkarawane“ in Essen

„Blitzgesetz“

gegen die Remilitarisierung protestierten – zu den Organisatoren des Treffens gehörte u. a. der Darmstädter Studentenfarrer Mochalski –, **ließ Bonn das Feuer gegen die jungen Menschen eröffnen.** Im Hagel der Pistolenkugeln verblutete damals der junge Münchner Kommunist Philipp Müller. Ein Sozialdemokrat und ein Parteiloser wurden schwer verletzt.

Im Juni 1951 kam es auch zu Verbotsmaßnahmen gegenüber ganzen Organisationen. So wurde zunächst die Freie Deutsche Jugend verboten, aber auch andere Organisationen, wie die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands usw., weil sie alle sich hinter die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung gestellt hatten.

Die Adenauer-Regierung hatte schon am 22. November 1951 den Antrag auf Verbot der KPD gestellt. Es geschah dies einen Tag nach der Fertigstellung des Gesetzentwurfs zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Nachdem der Prozeß jahrelang verhindert werden konnte, wurde er im November 1954 eröffnet, als die Würfel über die Wiederaufrüstung fallen sollten. **Das KPD-Verbot steht also in einem direkten Zusammenhang mit der Politik der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik.** Dies wird auch aus dem Inhalt des Vorgehens der Bundesregierung selbst deutlich. So wurde im Verbotsantrag der Bundesregierung es als „schwerster Angriff gegen den Bestand der Bundesrepublik“ hingestellt, daß die KPD die Volksbefragung gegen die Wiederaufrüstung unterstützte. Während des Prozesses beklagte der Prozeßvertreter der Bundesrepublik „die territoriale Beschränkung ihres Herrschaftsbereichs“ und rief aus, es habe „die Bundesrepublik Deutschland als der allein handlungsfähige Teil Gesamtdeutschlands ... sich selbst als die Staatsorganisation des Gesamtstaates legitimiert“. Für jene, die sich im Juristendeutsch nicht auskennen: Dies hieß, die Bundesrepublik hat das Recht – sie maß es sich an! –, die DDR zu beseitigen. Und leider folgte das Bundesverfassungsgericht in seinem Verbotsurteil gegen die KPD den aggressiven, völkerrechtswidrigen, friedensgefährdenden Absichten der Bonner Regierung.

Die KPD ließ sich durch die Verbotsdrohung in ihrem Kampf für die Lebensinteressen unseres Volkes, gegen die Wiederaufrüstungspolitik nicht beirren. Die Kommunisten unterstützten den antimilitaristischen Kampf des Volkes nicht nur durch die aktive und führende Teilnahme an der Volksbefragung. Auf verschiedenen Wegen versuchte sie, aus der weitverbreiteten „Ohne-mich“-Bewegung eine solche des aktiven Kampfes gegen die abenteuerliche Wiederaufrüstung zu machen. **Kommunisten standen überall in den vordersten Reihen solcher großen außerparlamentarischen Aktionen gegen die Militarisierung** wie den Streiks gegen die Remilitarisierungsverträge, den Protesten gegen Landbeschlagnahmen (zum Bau von Militäranlagen), den Aktionen gegen den Einbau von Sprengkammern in Straßen und Brücken. Junge Kommunisten mußten dafür in die Gefängnisse, z. B. Walter Zauner, der die Sprengkammern der Eisenbahnbrücke über die Donau bei Regensburg zugemauert hatte, für vier Jahre. Kommunisten organisierten den Kampf gegen Sonderschichten, die von den Zechenherren im Zusammenhang mit dem Wiederaufleben der Rüstungsproduktion gefordert wurden. Diese Sonderschichten erhielten den zutreffenden Namen Panzerschichten, und es gelang, gar manche dieser Panzerschichten durch Streikaktionen zu verhindern.

Ph. Müller ermordet

FDJ- und KPD-Verbot

Kommunisten an der Spitze des Widerstandes

Helgoland-Besetzung gegen Bombenwerfer

1950/51 fuhren Delegationen junger Kommunisten, Gewerkschafter und Falken hinaus auf die Nordsee, hinüber auf die gesperrte Insel Helgoland, die damals von den Engländern als Bombenziel benutzt wurde. Sie hielten die schwarzrotgoldene Fahne, auch die Fahne der FDJ und der Falken, und zeigten so den englischen Bombenfliegern an, daß die Insel besetzt sei. Militärpolizei, bundesdeutsche Polizei setzten auf die Insel über und nahmen die Gruppe gefangen. Doch kaum war eine dieser Gruppen verhaftet, landete die nächste Gruppe auf der Insel und verhinderte die Benutzung der roten Sandsteininsel als Bombenziel. 1952 gaben die Engländer schließlich auf. Die Insel wurde wieder bewohnbar. Es war dies das Werk junger Deutscher, die im Widerspruch zu der Remilitarisierungs- und vaterlandsverräterischen Politik der Adenauer und Co. ihr Leben einsetzten.

Widerstand in Betrieben und Gewerkschaft

Was den Widerstand der Arbeiterklasse anging, so waren damals Warnstreiks keine Seltenheit. Belegschaften von Großbetrieben verurteilten die Remilitarisierungsgesetze und forderten von ihrer gewerkschaftlichen Vertretung den Einsatz wirksamer Kampfmittel. Auf manchen Schächten und in manchen Betrieben bildeten sich Ausschüsse gegen die Remilitarisierung. Nunmehr warnte die Führungsspitze des DGB, unter dem Eindruck starker Proteste aus den eigenen Reihen, vor Schritten, „die dem Wiedererstehen des alten, uns in seinen verhängnisvollen Auswirkungen bekannten Militarismus dienen können, und vor jeder aggressiven Außenpolitik“ („Die Quelle“, Köln 1952, Heft 2, S. 57). Der 1. Mai 1952 stand ganz im Zeichen der antimilitaristischen Bewegung. Millionen Arbeiter und Angestellte verurteilten an diesem Tag in Umzügen, auf Kundgebungen, durch Spruchbänder und Transparente, in Sprechchören und Reden die Militarisierung der Bundesrepublik. **Insgesamt gesehen war jedoch die Haltung der Gewerkschaftsführung – unter dem Einfluß des Wirkens der sozialdemokratischen Führung – zwiespältig.** Zwar stand der 3. Ordentliche Bundeskongreß des DGB im Oktober 1954 (Frankfurt am Main) ganz im Zeichen des Protestes gegen die „festgelegte Wiederaufrüstung und Bildung einer deutschen Armee“ (siehe Protokoll, hrsg. vom DGB, ohne Orts- und ohne Jahresangabe, S. 806–811), verlangten die Delegierten wirksame Maßnahmen gegen die Militärverträge und konkrete Schritte für die Wiedervereinigung Deutschlands, lehnte der Bundeskongreß jeden Wehrbeitrag ab, doch **erklärte die DGB-Führung, die Frage müsse letztlich von den politischen Führungskräften entschieden werden, sei also keine gewerkschaftliche Aufgabe.**

Entwicklung in der SPD

Auch in der Sozialdemokratischen Partei entwickelte sich starker Widerstand gegen die Remilitarisierung. Da dieser Widerstand jedoch von der rechtssozialdemokratischen Führung gebremst und schließlich abgeblockt wurde – so daß die eigentliche Schuld und Verantwortung dafür, daß die Bundesregierung wieder aufgerüstet werden konnte, bei der rechtssozialdemokratischen Führung liegt –, wollen wir die entsprechenden Manöver etwas später behandeln. Adenauer hatte, nachdem ihm Churchill – der britische Premierminister – am 11. August 1950 den Ball der Wiederaufrüstung zugespielt hatte, noch am 29. August 1950 „... seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, Sonderheft, Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, Köln 1962, S. 18), was den damaligen Bundesinnenminister Gustav Heinemann zum offenen Bruch mit

Adenauer bewog. Er trat vom Amt des Innenministers zurück. In seiner Rücktrittserklärung hieß es: „Ist es vertretbar, daß eine Erklärung von solch entscheidungsvoller Tragweite vom Bundeskanzler abgegeben wird, ohne daß das Kabinett an der Willensbildung beteiligt ist? Ist es vertretbar, daß das deutsche Volk nur vom Ausland her oder durch einen Hohen Kommissar von einer Bereitwilligkeit seiner Regierung zur militärischen Beteiligung an einer Verteidigungsmacht unterrichtet wird? ... Wenn in irgendeiner Frage der Wille des deutschen Volkes eine Rolle spielen soll, dann muß es in der Frage der Wiederaufrüstung sein“ („Stuttgarter Zeitung“, 18. 10. 1950).

Die Opposition gegen die Rüstungspolitik war also sehr breit gefächert. Ihre Hauptkraft war die Arbeiterbewegung. Aber es gab auch nicht unbedeutende Kräfte aus dem Bürgertum, die sich gegen die Wiederaufrüstungspolitik wehrten. Sie gründeten Vereine und veröffentlichen persönliche Appelle. So gründete der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann eine „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, der schon erwähnte Pastor Herbert Mochalski eine „Darmstädter Aktionsgruppe gegen die Remilitarisierung“. Zu nennen ist auch der von Professor Ulrich Noack gegründete „Nauheimer Kreis“. Das Bundesinnenministerium zählte damals 175 Vereinigungen dieser Art, die gegen die Remilitarisierung standen. **Leider wirkte nur ein Teil dieser Kräfte zusammen. Dies schwächte ihre Stoßkraft, was wiederum eine gewisse Begünstigung der Remilitarisierungspläne der Bundesregierung zur Folge hatte.**

Auch international entwickelte sich ein starker Widerstand gegen die bundesdeutsche Remilitarisierung. In Frankreich kam es Ende August 1954 zu einer parlamentarischen Abstimmung über die Remilitarisierung, wobei die absolute Mehrheit der Parlamentsabgeordneten diese Remilitarisierung – den Vertrag über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ – ablehnte. Auch in Italien kam es auf parlamentarischer Ebene zu einer Verurteilung der bundesdeutschen Remilitarisierung.

Da jedoch die Remilitarisierung immer wieder mit der angeblich drohenden sowjetischen Gefahr in Zusammenhang gebracht wurde und von den herrschenden Kräften der Bundesrepublik behauptet wurde, Bonn verfolge eine Politik der deutschen Einheit in Freiheit, sei hier noch kurz auf die damalige wirkliche Lage eingegangen. So hieß es in einer Broschüre der amerikanischen Hohen Kommission: „Unsere militärischen Führer sind der Ansicht“, daß die Sowjetunion „nicht angreifen wird“, obwohl sie „Europa wohl überrennen könnte, nicht aber überrennen wird.“ In einem Geheimbericht der zwölf Generalstäbe der Atlantikpaktstaaten heißt es: „Es liegen keine Anzeichen für Angriffsvorbereitungen der Sowjetunion vor.“ Ähnlich nahmen Attlee, Eisenhower, Daladier und andere führende Politiker und Militärs Stellung (Der Weg der Sozialdemokraten zur Völkerverständigung und friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, hrsg. von Willy Knothe jun., Frankfurt am Main 1952). Und was die deutsche Wiedervereinigung angeht, so **haben die Regierungen der Sowjetunion und der DDR in dieser Periode immer wieder Vorschläge zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege von freien, demokratischen Wahlen gemacht.** Besonders eindrucksvoll ist die sowjetische Note vom 10. März 1952, aus der wir hier zitieren wollen, damit jeder sieht, was die Adenauer-Regierung damals ausgeschlagen hat.

**Heinemanns
mutiger Protest**

**Mangelnde Einheit
des Widerstands**

**Widerstand im
„Westen“**

**Was wollte die
Sowjetunion
wirklich?**

„Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland

Die Teilnehmer Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben.

Politische Leitsätze

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.
2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.
3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit.
4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.
5. Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.
6. Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generäle, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschland.
7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium

Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.

Wirtschaftliche Leitsätze

Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt. Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

Militärische Leitsätze

1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.
2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.

Deutschland und die Organisation der Vereinten Nationen

Die Staaten, die den Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden das Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.“

(Neues Deutschland [B] [Berlin], 12. März 1952. Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954, Berlin [1957], S. 290–293.)

Die Regierung der DDR schlug u. a. um die Wende vom Jahre 1954/55 der Bundesregierung gesamtdeutsche Gespräche vor und erklärte, „alle Schritte zu unterstützen, die der Herbeiführung einer Verständigung dienen“. Sie warnte vor der Wiederaufrüstung und der Eingliederung der Bundesrepublik in den NATO-Pakt. Die Remilitarisierung sei in jeder Form „für das deutsche Volk unannehmbar, denn sie macht die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich und gefährdet den europäischen Frieden“ (Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Band 2, Berlin 1955, S. 37 f.). Die Regierung der DDR ging davon aus, „die beiden deutschen Staaten auf demokratischer Grundlage zu vereinigen und einen Friedensvertrag, der mit dem Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland verbunden sein sollte, herbeizuführen“ (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1967, Heft 4, S. 598). **Die Bundesregierung hat alle diese Vorschläge abgelehnt.** Nüchterne bürgerliche Politiker, so Thomas Dehler, der lange Jahre selbst Minister der Bundesregierung war, Vorsitzender der FDP, der die Sachlage also aus nächster Nähe einzuschätzen vermochte, beurteilte Adenauers Politik als unreal, ja verhängnisvoll für die deutsche Nation. „Es müsse Adenauer angelastet werden“, zu diesem Urteil kam Dehler 1965, „daß ihm die deutsche Einheit niemals ein Anliegen war! Schon in den Jahren 1952 und 1953, als reale Chancen zur Lösung der deutschen Frage bestanden, habe Adenauer alles getan, daß über derartige Vorschläge wie etwa Verzicht auf die EVG“ (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) „und dafür freie Wahlen nicht verhandelt wurde“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 22. 3. 1965).

Und was die DDR?

Darüber kam es am 23. Januar 1958 im Bonner Bundestag zu einer dramatischen Nachtsitzung.

„Der letzte in unserem Volke weiß, daß man hier zwar von deutscher Einheit und Wiedervereinigung spricht, aber sie doch nicht ernstlich will... Wenn wir überdenken, was wir 1952 ausgelassen haben“, rief der bürgerliche Politiker Dr. Thomas Dehler dem Bundeskanzler Adenauer in der erregten Mitternachtsdebatte des Bundestages am 23. Januar 1958 zu, und fuhr fort: „Ich habe nicht mehr geglaubt, daß Adenauer die Wiedervereinigung anstrebt, deshalb habe ich mit ihm gebrochen.“ Ihm entgegnete der damalige Bundespostminister Stücklen (CDU) (heute ist er Bundestagspräsident): „Sie waren doch damals in der Regierung, warum blieben Sie in der Regierung?“ Dehler bekannte vor dem ganzen Parlament: „Ich schäme mich. Ich beneide Herrn Heinemann wegen seines Mutes. Aber er kannte seine Pappenheimer besser, er war ja in der CDU.“

Dehler enthüllte dann vor dem Bundestag: Als 1954 in Berlin die Viererkonferenz begann, sei er mit gewissen Hoffnungen in die alte Reichshauptstadt gefahren. Dort habe ihn Blankenhorn, Adenauers Sonderbeauftragter, mit der zynischen Eröffnung empfangen: „Herr Dehler, Sie brauchen keine Angst zu haben, es kommt nichts zustande.“ Wütend rief Dehler in der Bundestagsitzung, Adenauer habe die Bindungsklausel in den Deutschlandvertrag (das heißt jene Klausel, wonach Bonn bis zum Jahre 2004 auf das Recht verzichtet, in der Frage der deutschen Einheit selbst aktiv zu werden) gebracht und die Zurückziehung des Eden-Planes (Eden war englischer Außenminister) für eine militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa erzwungen. „Glauben Sie noch, daß dieser Mann den Willen hat, das deutsche Volk zur Einheit zu führen?“ (Aus dem Bundestagsprotokoll vom 23. Januar 1958.) Adenauer hatte dem damaligen französischen Botschafter (den späteren französischen Außenminister) François Poncet gegenüber geäußert, er sei bereit, die deutsche Einheit der Remilitarisierung zu opfern.

Und wie war nun die Rolle der sozialdemokratischen Parteiführung?

Erstens lehnte die SPD-Führung jegliche außerparlamentarische Aktion ab. Folglich wandte sie sich auch gegen die Volksbefragung gegen die Wiederaufrüstung: „Diese Aktion muß als ungesetzlich unterbunden werden“, rief Wehner im Bundestag aus (Bundestagsprotokoll, Bd. 7, Bonn 1951, S. 5497). Ja, Herbert Wehner gehörte zu den Einpeitschern jenes oben genannten „Blitzgesetzes“, das gegen die Volksbefragung im Parlament erlassen wurde.

Zweitens wandte sich die sozialdemokratische Parteiführung strikt gegen jedliche Aktionseinheit und betätigte sich aktiv als Einpeitscher des Antikommunismus, der wiederum die ideologische Hauptwaffe zur Bemäntelung der Remilitarisierung war.

Drittens kam es zu Geheimgesprächen zwischen Adenauer und der sozialdemokratischen Führung, insbesondere mit Kurt Schumacher, worüber Adenauer in seinen Memoiren berichtet. Er machte darauf aufmerksam, daß er in der Remilitarisierungsfrage die Zustimmung der SPD habe. Er habe „diese Frage bereits mit Dr. Schumacher besprochen und würde noch weitere Unterredungen mit ihm darüber haben“. Er hätte „aus verschiedenen Gesprächen Hochachtung vor dem

Wie taktierte die SPD-Führung?

Viertens jedoch nutzte die SPD-Führung auch die parlamentarische Tribüne nicht wirklich zum Kampf gegen die Remilitarisierung aus. Damals regierten in fünf von neun Bundesländern Sozialdemokraten. Daraus ergab sich ein Stimmenverhältnis von 20 zu 18 im Bundesrat für die SPD. Bei der entscheidenden Abstimmung im Bundesrat zerbrach jedoch die Sperre, weil die SPD-Minister Baden-Württembergs nicht erschienen waren und somit Ministerpräsident Reinhold Maier (FDP) von Baden-Württemberg ihre Stimmen für die CDU-FDP-Koalition mit abgeben konnte. Das Ergebnis der Abstimmung ergab nunmehr eine Mehrheit von 23 zu 15 Stimmen für die Remilitarisierung!

Die Einwände der sozialdemokratischen Führung gegen die Remilitarisierung waren niemals von grundsätzlicher Art. „Das bedingungslose Nein zu jeder militärischen Verteidigung wäre Wasser auf die Mühlen der sowjetischen Politik“, erklärte z. B. Fritz Erler (Fritz Erler, Soll Deutschland rüsten? Die SPD zum Wehrbeitrag, o. O., o. J., S. 49). **Also stimmte die SPD-Führung Rüstungsmaßnahmen zu und beschwor, wie die CDU/CSU, das Gespenst von der „tödlichen Gefahr der sowjetischen Politik für Europa“** (Jahrbuch der SPD, ohne Ortsangabe, 1952/53, S. 205).

Führende Sozialdemokraten wollten „den Westen militärisch genügend stark machen gegen mögliche Angriffe“ (Willi Eichler, 100 Jahre Sozialdemokratie, Bonn 1962, S. 76). Der amerikanische Hohe Kommissar John McCloy konnte deshalb sagen: Dr. Schumachers Opposition „reflektiert lediglich das unterschiedliche **taktische** Verhalten der Regierung und Opposition“ (Der Weg der Sozialdemokraten zur Völkerverständigung und zur friedlichen Vereinigung Deutschlands, S. 6).

Für die Remilitarisierungsbestrebungen stellte die Ablehnung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ durch die Parlamente Frankreichs und Italiens eine große Gefahr dar. Der amerikanische Außenminister Dulles verlangte schon einen Tag nach dem Scheitern der Verträge die sofortige Einberufung des NATO-Rates. Auch die Adenauer-Regierung war verärgert und forderte schnellstens Verhandlungen, um die Remilitarisierung doch noch zu retten. Amerika erpreßte Frankreich wirtschaftlich. Frankreich gab nach und stimmte im Herbst 1954 der deutschen Wiederaufrüstung zu. Die Bonner Armee sollte in die NATO-Armee eingegliedert werden. Der Widerstand dagegen flammte noch einmal mächtig auf. Am 22. 1. 1955 kam es zu einem über 24stündigen Streik von über 800 000 Berg- und Metallarbeitern gegen diese Politik. Am 29. 1. 1955 stellte sich die SPD-Spitze, zusammen mit dem DGB und einzelnen Persönlichkeiten, auf einer Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche gegen die Militarisierungsverträge. Doch ließ sie es nicht zu einer breiten außerparlamentarischen Aktion kommen, obwohl vom 12. bis 25. 2. 1955 im ganzen Land Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Verträge stattfanden und die Bedingungen für eine breite außerparlamentarische Bewegung gegen die Remilitarisierung herangereift waren. Die rechtssozialdemokratischen Führer begnügten sich mit dem Verschicken von Protesttelegrammen. Ihre „Aktion“ sollte nur „die Luft aus dem Reifen“ lassen.

BRD in NATO

3. Was brachte der Widerstand gegen die Remilitarisierung?

Es wäre jedoch verkehrt, nur die Sabotage der Bewegung gegen die Remilitarisierung und die Schwierigkeiten zu sehen, die ihr von den Herrschenden und von den rechtssozialdemokratischen Führern gemacht wurden. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß es dem aktiven Widerstand breiter Kräfte des deutschen Volkes – trotz antikommunistischer Verleumdung, trotz Einsatz des Staats- und Justizapparates, trotz antikommunistischer Spaltungsversuche, trotz rechtssozialdemokratischer Desinformation – gelang, die Pläne der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik auf Jahre hinaus zu verzögern.

Wenn in Bonn immer mal wieder mangelnde militärische Bereitschaft unserer Jugend beklagt wird, so hat dieser – soweit es ihn gibt – „Mangel“ teilweise seine Wurzel in der großartigen antimilitaristischen Aktivität ihrer Elterngeneration. Was die Vielfältigkeit der Kampfformen, die Großartigkeit der Initiativen, die Zähigkeit des Kampfes angeht, gehört diese Periode zu den wichtigsten in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Man kann ohne Zweifel sagen, daß die Kämpfe gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik eine wertvolle Seite in das Buch der Nachkriegsgeschichte unseres Volkes geschrieben haben.

Mit dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO, mit der Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus, war in Mitteleuropa eine völlig neue Lage eingetreten.

Eine neue Lage ist entstanden

Die Remilitarisierung der Bundesrepublik erfolgte auf der Grundlage des **Eintritts der BRD in die NATO**. Damit war verbunden, daß die Bundesrepublik bis zum Jahre 2004 ihre Souveränitätsrechte an die westlichen Alliierten abgetreten hatte. Zugleich wurde nunmehr Kurs auf den **Aufbau einer hochgerüsteten bundesdeutschen Armee** genommen, mit dem Ziel, „ganz Deutschland in den Grenzen von 1937“ wiederherzustellen. Es war dies eine kaum verhüllte militärische Drohung gegen die DDR und gegen Volkspolen. Zum Schutz gegen diese aggressiven Maßnahmen entstand der Warschauer Pakt, dem die Deutsche Demokratische Republik beitrug. Seit dieser Zeit gibt es zwei deutsche Staaten, die unterschiedlichen Bündnissen angehören. Die weitere Entwicklung dieser beiden deutschen Staaten erfolgte im Zusammenhang mit den jeweiligen Bündnissen, wozu auch die ökonomischen Bündnisse wie EG und Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gehören. **Immer mehr mußten sich so Bedingungen herausbilden, unter denen an eine einfache Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nicht mehr zu denken war.** So bewahrheiteten sich die Warnungen der Sowjetunion und der DDR, daß durch die Remilitarisierung der Bundesrepublik und ihren Beitritt zum NATO-Vertrag die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich werde.

Zu den Lehren

Es ist höchst lehrreich, die Schlußfolgerungen aus dieser Entwicklung zu beachten. Sie zeigen **erstens** mit voller Klarheit, daß in diesem verantwortungsvollen Zeitraum deutscher Nachkriegsgeschichte die Kommunisten, zusammen mit anderen Kräften aus den Reihen der Ar-

beiterklasse, aber auch der bürgerlichen Opposition, die wirklichen Interessen des deutschen Volkes, der deutschen Nation entschieden verteidigten. **Wenn sie, allen Widerwärtigkeiten zum Trotz, die Remilitarisierung um fünf Jahre verzögern konnten, so ist es klar, daß die Remilitarisierung hätte verhindert werden können, wenn die SPD-Führung ihrer Verantwortung für Volk und Nation gerecht geworden wäre.** Im Unterschied zu den Kommunisten, vielen Sozialdemokraten und patriotischen Bürgern erwiesen sich die führenden bürgerlichen Politiker, aber auch die rechtssozialdemokratischen Führungskräfte als jene, die die Lebensinteressen unseres Volkes mit Füßen traten.

Zweitens erweist sich, daß die grundlegende Lüge, um eine solche Politik vor dem Volke „rechtfertigen“ zu können, der Antikommunismus, und hier insbesondere die Lüge von der drohenden sowjetischen Gefahr – darunter das verlogene Hantieren mit falschen Rüstungsangaben –, war, so wie sie das heute noch ist.

Drittens zeigt sich die Gefährlichkeit des Antikommunismus auch darin, daß seinetwegen die antimilitaristische Opposition nicht zu der möglichen und nötigen Einheit fand.

Viertens zeigt sich, daß die Opposition rechtssozialdemokratischer Führer gegen diese Politik nicht von grundsätzlicher Art war und daß sie selbst dort, wo sie dazu fähig gewesen wäre, nicht einmal ihre parlamentarische Kraft voll in die Waagschale geworfen hat.

Fünftens zeigt sich, daß unter dem Eindruck des Wirkens der rechtssozialdemokratischen Führer auch sozialdemokratische Gewerkschaftsführer darauf verzichteten, die Kraft der Arbeiterklasse ins Feld zu führen, obwohl in der Arbeiterklasse selbst die überwiegende Mehrheit gegen die Politik der Remilitarisierung stand.

Sechstens zeigt sich, daß die Führungskräfte des Imperialismus sich einen Dreck um demokratische Legitimation kümmern. Sie haben sogar die Durchführung einer Volksbefragung verbieten und die Organisatoren der Volksbefragung inhaftieren lassen.

Siebtens: Ebenso – geradezu provokativ! – gingen sie über den Widerstand hinweg, der sich sogar in parlamentarischer Form in Frankreich und in Italien manifestierte.

Achtens: Insbesondere haben sie die weitgehenden, für die friedliche Zukunft nicht nur unseres Volkes entscheidenden sowjetischen Vorschläge zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands brüsk zurückgewiesen.

Literatur

Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1945–55, Verlag Marxistische Blätter

Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atomwaffen in den fünfziger Jahren, Pahl-Rugenstein Verlag

Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der BRD. Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht, Pahl-Rugenstein Verlag

Marxistischer Lehrbrief: Der Kampf gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik 1949–55, Verlag Marxistische Blätter

Seminarplansammlung „Marxismus-Grundwissen“, Marxistische Arbeiter-Bildung (MAB)

Besonders gut geeignet: Geschichte in Geschichten, Weltkreis-Verlag

Seminarfragen:

1. Wie wurde die Remilitarisierung bemängelt und wie können wir die damaligen „Argumente“ über die „sowjetische Gefahr“ widerlegen?
2. Wie war die Haltung der rechtssozialdemokratischen Führer zur Remilitarisierung?
3. Welche Lehren vermittelt uns der Kampf gegen die Remilitarisierung für unseren heutigen Friedenskampf?

Hans Karl Rupp

AUSSERPARLAMENTARISCHE
OPPOSITION IN DER ÄRA
ADENAUER

Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein
Paperback, 331 Seiten, DM 14,80

An Hand einer beachtlichen Materialfülle wird der breite Widerstand gegen die Atomrüstungspläne der Bundesregierung in den fünfziger Jahren untersucht. Diese Impulse wirken über Ostermarsch und Studentenbewegung bis in die heutige Bürgerinitiativ- und Friedensbewegung fort. Das Buch ist die umfassendste und materialreichste Darstellung dieses wichtigen Abschnitts demokratischer und sozialer Opposition in der Bundesrepublik auf dem Höhepunkt des kalten Krieges nach Innen und Außen.

Bücher

collectiv
literatur

zum Thema
gibts in der
collectiv-
Buchhand-
lung

Hans Karl
Rupp

Außerparlamentarische
Opposition
in der Ära
Adenauer



Kleine
Bibliothek

Pahl-
Rugenstein

Ulrich
Albrecht

Die Wieder-
aufrüstung der
Bundesrepublik



Kleine
Bibliothek

Pahl-
Rugenstein

Ulrich Albrecht

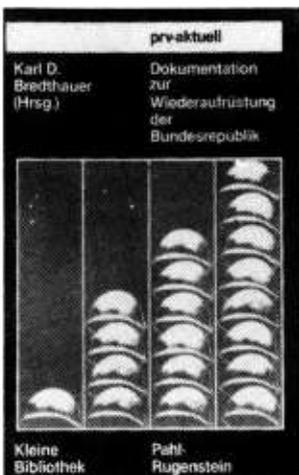
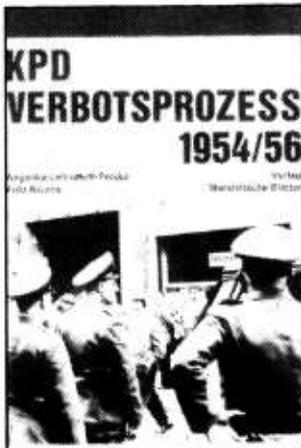
DIE WIEDERAUFROSTUNG DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Analyse und Dokumentation

Pahl-Rugenstein Verlag, Köln
196 S., Taschenbuch, DM 12,80

Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik bleibt ein erregendes Thema: Geheimakten werden nach dreißig Jahren zugänglich, prominente Politiker äußern sich in ihren Erinnerungen, die Forschung deckt bisher unbekannt Einzelheiten auf. Das Material stützt durchweg Aussagen engagierter Kritiker, die damals freilich aus Mangel an Information eher Vermutungen und Befürchtungen waren. Mit diesem Band wird anhand von Dokumenten ein Abriss der Geschichte der Wiederaufrüstung in kritischer Sicht gegeben.

Angelika Lehndorff-Felsko
Fritz Rische
KPD VERBOTSPROZESS 1954-56
Verlag Marxistische Blätter
Paperback, DM 12,80

Nie wieder Faschismus und Krieg
schworen 1945 alle Deutschen.
Doch Politiker wie Adenauer be-
trieben schon 1950 die Remilitari-
sierung. Die KPD bekämpfte diese
Politik. Darum wurde sie ver-
boten.



Karl D. Bredthauer (Hrsg.)
DOKUMENTATION ZUR WIEDER-
AUFRÜSTUNG DER BUNDES-
REPUBLIK
Kleine Bibliothek Pahl-Rugen-
stein, Paperback, 76 Seiten,
DM 5,00

Diese Dokumentation zeichnet mit
ausgewählten Erklärungen, Reden,
Interviews und Pressekommentaren
den folgeschweren Weg der Bun-
desrepublik zur Wiederbewaff-
nung nach: Von den öffentlichen
Bekanntnissen westdeutscher
Politiker zur "totalen Demilitari-
sierung" über die ersten ge-
heimen Pläne, taktischen Dementis
und zögernden Bestätigungen.
Die Bemühungen Adenauers um
die gescheiterte "Europäische
Verteidigungsgemeinschaft",
den Aufbau der Bundeswehr bis
zur Nato-Mitgliedschaft.

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Partei Vorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpbekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz
Telefon (0 61 31) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 31 51 3

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68